

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Martin Sichert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20685 –

Passgenaue Unterstützung in der Corona-Krise für Menschen mit Behinderungen und Mitarbeiter in der Behindertenhilfe einführen

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass Menschen mit Behinderungen in der Corona-Pandemie besonders belastet gewesen seien. So seien Werk- und Tagesstätten geschlossen worden und der Alltag habe vor allem zu Hause oder in Wohnheimen stattgefunden. Auch notwendige Therapien und Pflegeleistungen konnten nicht vollumfänglich abgerufen werden. Menschen mit Behinderungen hätten insgesamt in der Corona-Krise zu wenig Gehör gefunden.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Menschen mit Behinderungen und die in der Behindertenhilfe tätigen Menschen passgenau unterstützen solle. Dieser sollte für Schließungen der Behindertenwerkstätten rückwirkende und einmalige Zuwendungen in Höhe des Verdienstausfalls vorsehen. Darüber hinaus solle für Dienste und Einrichtungen die Ausstattung mit Schutzkleidung, Masken und Desinfektionsmitteln sichergestellt werden. Für den Fall, dass eine Einrichtung nicht besucht werden könne, solle ein vereinfachter, zeitlich befristeter Zugang zum Assistenzbedarf eröffnet werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20685 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Matthias W. Birkwald
Stellvertretender Vorsitzender

Angelika Glöckner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Angelika Glöckner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/20685** ist in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juli 2020 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Beratung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD verweist auf die besonderen Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen durch die Corona-Bedingungen. So seien Einrichtungen und Werkstätten geschlossen und der Alltag weitgehend nach Hause verlagert worden. Durch die Schließung von Werkstätten für Menschen mit Behinderung hätten die Betroffenen nicht nur ihren kompletten Tagesablauf, sondern auch das zusätzliche Geld verloren. Dies solle durch die im Antrag vorgesehene Fortzahlung von Lohn- und Gehaltszahlungen ausgeglichen werden. Noch immer seien zudem nicht alle Einrichtungen mit ausreichend Schutzmaterial, wie Schutzkleidung und Desinfektionsmittel ausgestattet. Dieser Zustand sollte gerade im Hinblick auf die weiteren Lockerungen dringend behoben werden. Ferner würden durch die Schließungen von Werkstätten, Förderschulen und anderen Einrichtungen viele Menschen mit Behinderungen von ihren Eltern betreut. Hier sei es erforderlich, bedarfsgerechte und passgenaue, vor allem aber unbürokratische Assistenzhilfen beantragen zu können.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/20685 in seiner 134. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Angelika Glöckner
Berichterstatlerin